



Gesetzesideen zur Bildung

Das Parlament diskutiert das Bildungsvolksbegehren

Wien – Im Parlament fand am Montag der zweite Teil des Sonderausschusses zu Bildung statt – als Ergebnis des Bildungsvolksbegehrens, das im November 2011 von 383.820 Österreichern unterschrieben wurde. Anwesend war Ex-SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch, der sagte, er wünsche sich konkrete Gesetzesinitiativen als Ergebnis. Konkret wurde allerdings wenig. In den kurz gehaltenen je sieben Minuten Redezeit pro Fraktion dominierten wohlklingende Gemeinplätze: Es dürfe keine Diskriminierung von Schülern geben, jeder müsse dieselben Chancen haben.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) sagte zum STANDARD, im vergangenen Jahr habe es eine Menge an Beschlüssen gegeben. Der Ausschuss diene

im Wesentlichen dazu, für eine erhöhte Wahrnehmung zu sorgen. „Die Forderungen des Volksbegehrens entspricht in hohem Ausmaß auch unseren bildungspolitischen Zielen“, etwa bei früher Talentförderung und der Schaffung von Ganztagschulen, sagte sie.

Für diese Ziele sei „Ideologisches auf die Seite“ geräumt und „ein pragmatischer Ansatz“ gewählt worden, betonte ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon. Jeweils neun Empfehlungen zu pädagogischen bzw. organisatorischen Schwerpunkten wurden den Abgeordneten vorgelegt. Im Zeitraum 2013 bis 2020 soll der Fokus in der Lehrerbildung auf Begabungserkennung und Förderung gelegt werden, während Unterricht und Erziehung im selben Zug „modernisiert“ werden müssen, sagte Bildungsexperte Bernd Schilcher. (nik)